



## **Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung**

Frau Kilian, SPD-Fraktionsvorsitzende, erklärt, dass sich die Fraktionen der SPD, CDU, FDP/BJA/BVFO darauf verständigt haben, den TOP 7 von der Tagesordnung zu nehmen. Sie sagt, dass zu diesem Thema im nächsten Kreistag eine Beschlussvorlage der Verwaltung vorliegt, die vorher in den Ausschüssen diskutiert werden kann.

Des Weiteren schlägt sie vor, dass der TOP 8 ebenfalls von der Tagesordnung genommen wird, da bereits der Auftrag an die Verwaltung zur Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes zur Unterbringung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern im Kreistag am 15.04.2015 beschlossen wurde.

Außerdem bittet Frau Kilian aufgrund der Flüchtlingsproblematik um die Aufnahme eines gemeinsamen Dringlichkeitsantrages der Fraktionen der SPD, CDU, FDP/BJA/BVFO in die Tagesordnung. Dieser Antrag liegt den Abgeordneten vor.

Herr Dr. Pech, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE, betont anschließend, dass er die vorgetragenen Argumente von Frau Kilian zur Absetzung der Tagesordnungspunkte 7 + 8 nicht nachvollziehen kann und möchte, dass die Punkte auf der Tagesordnung bleiben. Er unterstreicht die Dringlichkeit seines Antrages, da bereits im Kreisausschuss am 17.06.15 von Herrn Lindemann und dem Landrat ausführlich über die derzeitige Situation zur Unterbringung von Flüchtlingen hingewiesen wurde.

Herr Dr. Berger schlägt vor, den vorliegenden Dringlichkeitsantrag von der Fraktion DIE LINKE und den gemeinsamen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP/BJA/BVFO gemeinsam nach dem TOP 8 zu behandeln.

Er bittet abschließend die Abgeordneten um Abstimmung der erweiterten Tagesordnung.

### ***Abstimmungsergebnisse***

MH Ja, 6 Enthaltungen

## **Zu TOP 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 15.04.2015**

Die Niederschrift der Sitzung des Kreistages vom 15.04.2015 wird bestätigt.

***zugestimmt***

## **Zu TOP 4 Einwohnerfragestunde**

Herr Wende fragt als Einwohner von Fürstenwalde den Landrat, ob der Landkreis Oder-Spree eine Möglichkeit sieht, das Projekt „Zooschule“ fortzuführen, da es im nächsten Schuljahr Probleme mit der Bereitstellung von Lehrkräften gibt.

Der Landrat erklärt daraufhin, dass er hierzu keine konkrete Aussage treffen kann. Er betont, dass es für den Landkreis nicht möglich ist, sofort zu helfen, wenn sich die Landesregierung aus der Verantwortung zieht. Der Landrat sagt eine Prüfung zu, wenn hierzu eine konkrete Anfrage vorliegt.

Weitere Fragen von Einwohnern aus dem Landkreis Oder-Spree werden nicht gestellt.

## **Zu TOP 5      Geschäftsbericht des Landrates**

Der Landrat informiert, dass ab 01.07.2015 vertraglich geregelt ist, dass im Auftrag der Landesregierung die Erstuntersuchungen von Flüchtlingen und Asylbewerbern durch das Krankenhaus in Eisenhüttenstadt vorgenommen werden. Dazu wurden bereits durch das kreisliche Gesundheitsamt alle notwendigen Vorkehrungen zur Übergabe von personenbezogenen Unterlagen an das Krankenhaus in Eisenhüttenstadt getroffen.

Der Bericht zur überörtlichen Prüfung des Jugendamtes liegt dem Protokoll als Anlage 2 bei. Die anschließenden Redebeiträge von Herrn Lindemann und Herrn Buhrke sind dem Protokoll als Anlagen 3 + 4 beigefügt.

## **Zu TOP 6      Beantwortung schriftlicher Anfragen der Fraktionen durch den Landrat**

Der Landrat verweist darauf, dass Herr Behr, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen & Piraten, bereits eine schriftliche Antwort auf seine Anfrage zum Zustand der Landesstraße „Berliner Straße“ in 15890 Eisenhüttenstadt OT Fürstenberg erhalten hat.

Von der Fraktion DIE LINKE liegen 2 Anfragen an den Landrat vor.

Sie sind dem Protokoll beigefügt.

Bei der ersten Anfrage geht es um Kosten der Unterkunft im Landkreis Oder-Spree.

Die Fragen werden von Herrn Zalenga wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Der Landrat führt aus, dass er davon ausgeht, dass es sich hierbei um korrekte Angaben handelt. Für die Erstellung der Mietwerterhebung wurde ein Gutachter beauftragt.

Zu Frage 2:

Herr Zalenga informiert, dass sich Mietpreise täglich ändern. Bei jeder Neuvermietung kann es neue Mietpreise geben. Die Verwaltung hat sich darauf verständigt, dass bei dramatischen Veränderungen möglicherweise das nächste Mietwertgutachten nicht erst in 2 oder 3 Jahren, sondern früher in Auftrag gegeben wird. Von der Bundesregierung wurde hierzu eine sogenannte Mietpreisbremse beschlossen. Hierzu hat sich das Land Brandenburg noch nicht positioniert.

Zu Frage 3:

Der Landrat sagt hierzu, dass es nicht notwendig ist, eine neue Richtlinie zu erlassen, da hier nur die neuen Werte verändert werden. Ansonsten hat sich die Richtlinie bewährt.

Zu Frage 4:

Diese Frage schließt sich der Frage 3 an. Der Landrat erläutert, dass für die Erstellung der Mietwerterhebung 2015 ein Gutachter beauftragt wurde und die Verwaltung das vorliegende Gutachten nicht von vornherein bezweifeln wird.

Zu Frage 5:

Der Landrat betont, dass an bestandskräftigen Bescheiden nicht gerüttelt werden kann.

Auf Eis gelegte streitige Fälle werden jedoch nach den neuen Richtwerten entschieden.

Abschließend verweist der Landrat die Abgeordneten auf das Ihnen zur Verfügung gestellte Protokoll der Beiratssitzung vom 18.06.2015.

Bei der zweiten Anfrage der Fraktion DIE LINKE geht es um Streik im Busverkehr Oder-Spree.

Herr Zalenga informiert, dass der Landkreis über den Busverkehr Oder-Spree über die Zahlung einer Notdienstprämie informiert wurde. Er betont, dass der Landkreis bemüht war, ein minimales System an ÖPNV im Gang zu halten.

Die Zahlung dieser Prämie bei der BOS-GmbH ist keine Ausnahmesituation, sondern erfolgt auf Grundlage einer Abstimmung aller im Kommunalen Arbeitgeberverband Brandenburg organisierten Nahverkehrsunternehmen und wurde auch so umgesetzt. Die Unternehmen sind in ihren gemeinsamen Beratungen zur Überzeugung gelangt, dass die Notfahrdienstprämie ein probates Mittel sein könnte, ein Grundangebot während des Streiks aufrecht zu erhalten. Dadurch sollte eine Grundversorgung der Menschen sichergestellt werden, die auf den Nahverkehr angewiesen sind.

Der Landrat informiert weiter, dass das Jugendamt mit Billigung des Landrates einen Protestbrief an den Verhandlungsführer der Gewerkschaft Verdi geschrieben hat, weil die Streikmaßnahmen nicht rechtzeitig angekündigt wurden. Er betont, dass wegen des nicht angekündigten Streiks minderjährige Kinder ohne Aufsicht vergebens an der Bushaltestelle warteten und Eltern deswegen auch im Landratsamt angerufen haben.

Die zweite Frage wurde teilweise bereits beantwortet. Herr Zalenga erklärt, dass die Gegenfinanzierung der Notdienstprämie von den nicht in Anspruch genommenen Verdiensten der Streikenden gegenfinanziert wurde. Da die Anzahl der streikenden Mitarbeiter höher war und weniger Mitarbeiter die Notdienstprämie in Anspruch nahmen, sind dem Unternehmen keinerlei Mehraufwendungen entstanden.

Auf eine Nachfrage von Herrn Dr. Pech, ab wann die durch das Gutachten neu ermittelten Werte bei den Kosten der Unterkunft berücksichtigt werden, sagt der Landrat, dass bereits seit dem 01.07.15 in den neuen Bescheiden danach verfahren wird.

Herr Wende, Fraktion DIE LINKE, verweist darauf, dass sich die Verwaltung engagierter in die Verhandlungen mit der Gewerkschaft Verdi hätte einbringen müssen, um eine zügige Lösung herbeizuführen.

**Zu TOP 7            Dok-Zentrum Eisenhüttenstadt**  
**Vorlage: 2/DIE LINKE/2015**

Herr Dr. Pech erklärt, dass er den Antrag als erledigt ansehen würde, wenn der Landrat auch ohne Beschluss des Kreistages einen Entscheidungsvorschlag zum Dok-Zentrum Eisenhüttenstadt bis zum 31.12.2015 vorlegen wird.

Der Landrat informiert die Abgeordneten anschließend, dass die SVV in Eisenhüttenstadt 2012 ein Haushaltssicherungskonzept beschlossen hat, aus dem hervorgeht, dass sich die Stadt Eisenhüttenstadt aus dem Betrieb des Dokumentationszentrums zurückzieht und die Verwaltung beauftragt wird, nach neuen Lösungen zu suchen. Des Weiteren sollte durch Verkauf von Immobilien, u.a. das vom Dokumentationszentrum genutzte Papierdepot, die Einnahmesituation für die Stadt Eisenhüttenstadt verbessert werden.

Letztendlich wurde als neuer Betreiber der Landkreis Oder-Spree in Erwägung gezogen.

Der Landrat betont, dass an diesem Thema bereits seit mehr als 2 Jahren gearbeitet wird. Hierzu gab es viele Gespräche, u.a. auch zwei Gespräche mit der Ministerin des Landes Brandenburg. Das letzte Gespräch hierzu wurde am 29.04.2015 mit dem zuständigen Abteilungsleiter und dem Staatssekretär geführt. Weitere Gespräche hierzu werden folgen.

Herr Zalenga betont jedoch, dass die Verwaltung hierzu noch keine konkreten Aussagen treffen kann, ob das Dok-Zentrum „am Leben“ gehalten werden kann. Es bedarf weiterer komplizierter rechtlicher Verhandlungen und die Bereitstellung der finanziellen Mittel ist ebenfalls noch nicht geklärt.

Herr Hilke, Fraktionsvorsitzender CDU, kann den Argumenten des Landrates folgen und bittet die Abgeordneten, diesen Antrag der Fraktion DIE LINKE abzulehnen.

Herr Dr. Stiller, Fraktion DIE LINKE, ist der Meinung, dass zum Dok-Zentrum Eisenhüttenstadt schnellstmöglich eine Lösung getroffen werden muss.

Frau Niels, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen & Piraten, betont, dass sie den Antrag befürwortet und verweist auf eine Mitverantwortung des Landes Brandenburg zum Erhalt des Dok-Zentrums Eisenhüttenstadt.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, bittet Herr Dr. Berger die Abgeordneten um die Abstimmung des Antrages der Fraktion DIE LINKE.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Landrat wird beauftragt, dem Kreistag im September 2015 einen Entscheidungsvorschlag für die organisatorische und finanzielle Beteiligung des Landkreises zur Sicherung der Zukunft des Dokumentationszentrums „Alltagskultur der DDR“ für die Zeit nach dem 31. 12. 2015 vorzulegen.

### ***Mehrheitlich abgelehnt***

*Ja 13 Nein MH Enthaltung 7*

### **Zu TOP 8      Betreuung der Flüchtlinge Vorlage: 3/DIE LINKE/2015**

Herr Zalenga erklärt, dass sich die Verwaltung bereits in verschiedenen Beratungen mit dieser Thematik befasst hat. Er betont, dass für die Beratungsstellen vor Ort natürlich auch qualifiziertes Personal benötigt wird. Dabei wurde über räumliche und inhaltliche Veränderungen in Beeskow nachgedacht und es wurden Entscheidungen vorbereitet. So ist die Verwaltung dabei, mit möglichen Partnern in Fürstenwalde Interimslösungen in Fürstenwalde zu finden. Dazu fanden weitere Beratungen mit den Dezernenten und zuständigen Amtsleitern statt.

Die Frist für die Erarbeitung und Prüfung von Vorschlägen ist der 31.08.15, sagt der Landrat.

Die Nachfrage von Herrn Dr. Berger an Herrn Dr. Pech, ob nach den Ausführungen des Landrates über den Antrag noch abgestimmt werden soll, wird von Herrn Dr. Pech verneint.

### ***zur Kenntnis genommen***

### **Zu TOP 9      Dringlichkeitsanträge DIE LINKE und der Fraktionen SPD, CDU, FDP/BJA/BVFO**

Herr Dr. Pech erläutert den Abgeordneten, dass der Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE auf die geschilderten Probleme von Herrn Lindemann im Kreisausschuss am 17.06.2015 bei der Unterbringung von Flüchtlingen aufbaut. Er betont, dass seine Fraktion auch über den Landkreis hinaus aktiv war und dass die aufgeführten Gründe auch den zuständigen Bundes- und Landesministerien übermittelt werden.

Anschließend sagt Herr Wende, dass es wichtig wäre, eine dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge im Auge zu haben. Insofern sei es notwendig, den Abriss von Wohnungen zu stoppen.

Herr Beier, NPD, bezieht sich anschließend auf einen Zeitungsartikel von der MOZ aus dem Jahr 2011 über die Mieter der Wohnungen in der Fürstenwalder Straße in Storkow. Er liest den Abgeordneten diesen Artikel vor und vertritt die Meinung, dass diese ehemaligen Mieter gegenüber den Flüchtlingen durch den Kreistag zu wenig Hilfe erfahren haben.

Daraufhin erklärt der Landrat, dass die Situation der damaligen Mieter in Storkow durch ein Unternehmen aus der Schweiz verursacht wurde. Er ist über die Rede von Herrn Beier empört und sagt, dass der Landkreis bis an die Grenze rechtlicher Möglichkeiten aus Mitteln des SGB II Mietvorauszahlungen, Nebenkostenvorauszahlungen sowie die Kosten für das Heizwerk finanziert hat.

Eingehend auf den Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE betont der Landrat, dass er keine ausreichende Grundlage sieht, diese EntschlieÙung den zuständigen Bundes- und Landesministerien zu übermitteln. Er betont, dass bereits bestandskräftige Fördermittelbescheide zum Abriss von Wohnungen in Beeskow, Eisenhüttenstadt und Storkow vorliegen. Verhandlungen mit der Stadt Storkow laufen derzeit noch, da der Fördermittelbescheid eine Laufzeit bis 2017 hat.

Abschließend schlägt der Landrat vor, dass sich die Fraktionen auf einen gemeinsamen Dringlichkeitsantrag einigen könnten.

Herr Hilke sagt anschließend, dass sich die Fraktionen der SPD, CDU, FDP/BJA/BVFO im Hinblick auf die Ausführungen von Herrn Lindemann, Herrn Buhrke und des Landrates entschieden haben, ihren gemeinsamen Dringlichkeitsantrag zurückzuziehen. Er versichert, dass die aufgeführten Fraktionen die Verwaltung bei der Bewältigung der schwierigen Aufgaben unterstützen werden.

Herr Beier betont, dass das Thema der ehemaligen Mieter in Storkow, Fürstenwalder Str. nicht im Kreistag behandelt wurde.

Herr Opitz begrüÙt anschließend die Rücknahme des gemeinsamen Dringlichkeitsantrages und erklärt, dass er einige Formulierungen des Antrages nicht nachvollziehen kann.

Herr Papendieck findet es nicht gut, dass der gemeinsame Dringlichkeitsantrag aus den genannten Gründen zurückgezogen wird.

Anschließend betont Herr Dr. Pech nochmals die Notwendigkeit des Dringlichkeitsantrages seiner Fraktion.

Bezugnehmend auf den Antrag der Fraktion DIE LINKE sagt Frau Siebke, SPD-Fraktion, dass man bei der Unterbringung der Flüchtlinge auch den Aspekt des Bevölkerungsschwundes bei den Stadtbauprogrammen beachten muss.

Frau Niels sagt, dass sie auf den Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE verzichten kann und ihr der Kreistagsbeschluss vom 15.04.2015 völlig ausreicht.

Herr Zeschmann betont, dass es bei der Unterbringung von Flüchtlingen darum geht, den Stadtbau zeitlich auszusetzen und die Flüchtlinge in den vorhandenen Wohnraum unterzubringen oder in Zelten bzw. Turnhallen.

Anschließend unterbreitet der Landrat Herrn Hilke den Vorschlag, den gemeinsamen Dringlichkeitsantrag nicht zurückzunehmen, sondern bietet einen Kompromiss an.

Er macht den Vorschlag, den ersten Absatz zu streichen und im dritten Absatz das Dezernat III zu ergänzen. Nach dem Datum 15.04.2015 ist der Punkt zu entfernen und „Dem“ ist kleinzuschreiben.

Der Landrat begründet, dass durch den veränderten gemeinsamen Dringlichkeitsantrag dadurch deutlich gemacht wird, dass sich Kreistag und Kreisverwaltung auf einem gemeinsamen Weg befinden.

Daraufhin bittet Herr Hilke um eine kurze Unterbrechung, um sich mit den Verfassern des gemeinsamen Dringlichkeitsantrages zu beraten.

Danach erklärt Herr Hilke, dass Einverständnis darüber erzielt wurde, den zurückgezogenen Antrag in veränderter Form erneut zur Abstimmung zu bringen.

Die veränderte Form sieht vor:

Spiegelstrich 1 wird gestrichen und im Spiegelstrich 3 wird das Dezernat III ergänzt.

Herr Hilke begründet die Entscheidung, dass durch den veränderten Dringlichkeitsantrag der Verwaltung die notwendige Unterstützung des Kreistages bei der Unterbringung von Flüchtlingen zukommt.

Herr Dr. Zeschmann fragt nach, ob nach der Geschäftsordnung ein bereits zurückgezogener Antrag erneut eingebracht werden kann.

Der Landrat erklärt daraufhin, dass er berechtigt ist, bevor der Tagesordnungspunkt nicht abgeschlossen ist, jederzeit einen eigenen Antrag einbringen kann.

Der Landrat beantragt dann die Abstimmung über den von Herrn Hilke vorgetragenen veränderten Dringlichkeitsantrag.

Herr Dr. Pech erklärt sich einverstanden mit dem neuen Dringlichkeitsantrag des Landrates, möchte jedoch noch folgende Änderung im ersten Absatz:

- Der Landrat wird beauftragt, alle Maßnahmen zu ergreifen, um zügig die für die Unterbringung von Flüchtlingen notwendigen Plätze in Wohnungen und Gemeinschaftsunterkünften bereitstellen zu können.

Herr Dr. Berger bittet abschließend die Abgeordneten um Abstimmung des veränderten Antrages des Landrates mit der vorgeschlagenen Veränderung von Herrn Dr. Pech.

#### **Abstimmungsergebnisse:**

MH Ja, 2 Nein, 8 Enthaltung

Herr Beier, NPD, hat bei dieser Abstimmung mit Nein gestimmt.

#### **Zu TOP 10      Nein zur Kreisgebietsreform ! Ja zum Erhalt des Landkreises Oder-Spree Vorlage: 4/BVB/Fr.Wähler/2015**

Der Redebeitrag von Herrn Dr. Zeschmann liegt dem Protokoll als Anlage 5 bei.

Herr Hilke ist der Meinung, dass die vorliegende Resolution noch nicht relevant ist. Er verweist in diesem Zusammenhang auf einen vorliegenden Entwurf des Landes zur Kreisgebietsreform und auf den Besuch des Innenministers des Landes Brandenburg am 05.10.2015. Herr Hilke schlägt vor, dem Innenminister zunächst durch entsprechende Argumente den Standpunkt des Landkreises Oder-Spree klar zu machen. Der folgende Redebeitrag von Herrn Dr. Stiller liegt dem Protokoll als Anlage 6 vor.

Anschließend macht Frau Niels deutlich, dass sie den vorliegenden Antrag ablehnen wird und spricht sich deutlich für eine Bürgerbefragung zu dieser Thematik aus.

Danach verteidigt Herr Dr. Zeschmann den Zeitpunkt seiner Resolution und verweist darauf, dass es eine Vielzahl von Landkreisen gibt, die bereits fast gleichlautende Resolutionen verabschiedet haben. Herr Umbreit schlägt vor, den vorliegenden Antrag noch nicht abzustimmen, bevor nicht eine breite Mehrheit der Abgeordneten mit dem Antrag mitgehen kann.

Herr Dr. Pech macht den Vorschlag, den Antrag zurück in den Kreisausschuss zu verweisen, um bis zum Jahresende eine gemeinsame Stellungnahme vorzubereiten.

Auf eine Nachfrage von Herrn Dr. Berger sagt Herr Dr. Zeschmann, dass er seinen eingereichten Antrag nicht zurückzieht und eine namentliche Abstimmung möchte.

.

Herr Zalenga macht deutlich, dass sich der Landkreis derzeitig zunächst in der Diskussion des Entwurfes eines Leitbildes befindet und ein „Schnellschuss“ am Ende gefährlich werden könnte. Er erklärt, dass dem Land durch eine sachlich fundierte Stellungnahme verdeutlicht werden muss, dass der Entwurf so nicht akzeptiert werden kann und gegebenenfalls auch der Gang vor das Verfassungsgericht eingeschlagen werden kann. Er betont, dass bei der Erarbeitung einer Resolution auch die Zusammenarbeit mit den Gemeinden erforderlich ist, um eine einheitliche Position zu vertreten.

Der Landrat verweist anschließend darauf, dass auf dem vorliegenden Antrag ein Adressat fehlt Und der Mensch erst hinter den technischen Möglichkeiten genannt wird.

Der Landrat schlägt vor, mit einer abgestimmten Position innerhalb der Verwaltungsleitung in die Beratung am 05.10.15 mit dem Innenminister zu gehen und dann in der Kreistagssitzung am 02.12.15 eine ordentliche Stellungnahme zum Entwurf eines Leitbildes vorzulegen.

Die Landräte des Landes Brandenburg haben sich zum Thema Kreisgebietsreform bereits auf 7 Kernsätze verständigt, die vom Landrat vorgetragen werden.

Herr Dr. Zeschmann macht dann deutlich, dass er die aufgeführten Argumente des Landrates nicht nachvollziehen kann.

Herr Dr. Pech beantragt dann nach der Geschäftsordnung, den vorliegenden Antrag zur Diskussion in die Fachausschüsse zu verweisen.

Herr Dr. Berger bittet dann um Abstimmung der Abgeordneten, um den vorliegenden Antrag in die Fachausschüsse zu verweisen.

**Abstimmungsergebnis:**

MH Ja

**zurückverwiesen**

**Zu TOP 11      Richtlinie zur Förderung von Angeboten der Jugendberufshilfe gemäß § 13 SGB VIII im Landkreis Oder-Spree  
Vorlage: 012/2015**

Herr Wende, Fraktion DIE LINKE, begrüßt die vorliegende Förderung von Angeboten der Jugendberufshilfe. Er fragt nach, warum eine Refinanzierung der Einrichtungen aus Mitteln des SGB II nicht möglich ist. Herr Isermeyer erklärt, dass es in der Richtlinie darum geht, generell den Ausschluss vorzunehmen, dass nur Angebote förderfähig sind, die nicht aus dem SGB II finanziert werden können.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht und Herr Dr. Berger bittet die Abgeordneten um Abstimmung der Vorlage 012/2015.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die Richtlinie zur Förderung von Einrichtungen der Jugendberufshilfe gemäß § 13 SGB VIII im Landkreis Oder-Spree.

**Mehrheitlich zugestimmt**

*Ja MH Nein 1 Enthaltung 7*

**Zu TOP 12      Antrag des Trägers Hawle Guss GmbH zur Aufnahme der Kindertagesstätte "Heinzelmann" in Fürstenwalde in den Bedarfsplan für Kindertagesbetreuung des Landkreises Oder-Spree  
Vorlage: 013/2015**

Zur Vorlage 013/2015 gibt es keine Nachfragen oder Wortmeldungen und Herr Dr. Berger bittet die Abgeordneten um die Abstimmung der Vorlage.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die Aufnahme der Kindertagesstätte „Heinzelmann“ in Fürstenwalde in den Bedarfsplan für die Kindertagesbetreuung des Landkreises zum 01.01.2016

**Mehrheitlich zugestimmt**

*Ja MH Nein 0 Enthaltung 2*

**Zu TOP 13      Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Übernahme der der Stadt Frankfurt (Oder) obliegenden Verwaltungsaufgaben auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Produktion und Förderung sowie der Futtermittelüberwachung in Zuständigkeit des Landkreises Oder-Spree  
Vorlage: 016/2015**

Da es zur Vorlage 016/2015 ebenfalls keine Wortmeldungen gibt, bittet Herr Dr. Berger die Abgeordneten um die Abstimmung der Vorlage.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die anliegende öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Übernahme der der Stadt Frankfurt (Oder) obliegenden Verwaltungsaufgaben auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Produktion und Förderung sowie der Futtermittelüberwachung in die Zuständigkeit des Landkreises Oder-Spree.

**Mehrheitlich zugestimmt**

*Ja MH Nein 1 Enthaltung 0*

**Zu TOP 14      Schenkung eines aus dem KAT-Schutz ausgemusterten Rettungsboots an die DLRG Ortsgruppe Celle  
Vorlage: 017/2015**

Wortmeldungen zur Vorlage 017/2015 gibt es nicht und Herr Dr. Berger bittet die Abgeordneten um die Abstimmung der Vorlage.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die Schenkung des ausgemusterten Rettungsbootes vom Typ „Pionier Multi“ an die Deutsche-Lebens-Rettungs-Gesellschaft Ortsgruppe Celle e.V. .

***einstimmig zugestimmt***

## **Zu TOP 15      Veränderungen in den Ausschüssen**

Herr Dr. Berger informiert die Abgeordneten über folgende Veränderungen in den Ausschüssen:

### Polizeibeirat:

Die Fraktion DIE LINKE benennt als stellvertretendes Mitglied in den Polizeibeirat Frau Jutta Bargenda.

### Ausschuss für Ordnung, Recht, Landwirtschaft und Wirtschaft

Die CDU-Fraktion ersetzt den Abgeordneten Herrn Günter Luhn durch den Abgeordneten Marcel Gernetzke.

Danach bittet Herr Dr. Berger die Abgeordneten um Abstimmung über die Veränderungen in den Ausschüssen.

***zugestimmt***

Dr. Franz H Berger

Vorsitzender des Kreistages

stellv. Vorsitzende des  
Kreistages

Renate Wießner

Schriftführer/in